

AMERIKAS „NEUE“ AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE

Die Lage ist kritisch: Amerika sieht seine vitalen Interessen bedroht, aber es ist in seiner Handlungsfähigkeit enorm eingeschränkt. Die massiven sozioökonomischen Probleme im Innern wirken sich auf das Selbstverständnis im außenpolitischen Handeln und auf den Aktionsradius der Weltmacht aus.

Von Josef Braml

An den Rändern des politischen Spektrums argumentieren auf der einen Seite libertäre Republikaner und auf der anderen gewerkschaftsnahe Demokraten aus ganz unterschiedlichen Gründen gegen das internationale Engagement der USA: Die libertär gesinnten Republikaner – vor allem die Anhänger der Tea-Party-Bewegung – sehen die »innere kapitalistische Ordnung« und das wachsende Haushaltsdefizit mit Sorge und stellen sich gegen das kostspielige militärische Engagement, während die traditionellen, den Gewerkschaften nahestehenden Demokraten die »sozialen Interessen Amerikas« verteidigen und befürchten, dass Mittel aufgewendet werden, die dann im Etat für innere soziale Belange fehlen.

Außenpolitische Grundsatzdebatte

Dennoch leitet bis heute den tonangebenden außenpolitischen Mainstream Washingtons ein liberal-hegemoniales Weltbild, gemäß dem die USA die Welt nach ihren Wertvorstellungen und Interessen ordnen. Selbst Barack Obamas außenpolitische Grundorientierung folgt dieser Tradition, auch wenn der US-Senator aus Illinois seinen Wahlkampf 2008 unter den Slogan »Wandel« stellte. Die amtierende Außenministerin Clinton erklärte ihren

durch die wirtschaftliche Lage und die Kosten der Kriege im Irak und in Afghanistan verunsicherten Landsleuten aber klipp und klar – etwa in der Ausgabe der Fachzeitschrift Foreign Policy vom November 2011: »Wir können es uns nicht leisten, uns nicht zu engagieren.« Und sie lässt keinen Zweifel, worum es geht: Das außenpolitische Engagement sei der »Schlüssel für Wohlstand und Sicherheit in unserem Land«, denn es gelte, Handelswege und Ressourcen zu sichern und existentielle militärische Bedrohungen abzuwenden.

Sicherung vitaler Interessen

Um die Energieressourcen und Handelswege zu sichern, hat Washington bisher auf die kostspielige Strategie massiver Militärpräsenz gesetzt. Diese Strategie lässt sich wegen der schlechten sozio-ökonomischen Verfassung Amerikas und wegen des schwindenden innenpolitischen Rückhalts im eigenen Land nicht länger aufrechterhalten. Um die innenpolitischen und finanziellen Kosten von Auslandseinsätzen zu verringern, wird sie den »militärischen Fußabdruck« verkleinern und geostrategisch wichtige Gebiete etwa durch eine Drohnen-Flotte und mitsamt den dafür weltweit nötigen Basen kontrollieren. Die ursprünglich als Vorhut im weltweiten Kampf gegen den Terror eingesetzten unbemannten Aufklärungs- und Kampfflugzeuge können selbstredend auch gegen eine andere

am Horizont aufziehende Gefahr in Stellung gebracht werden: gegen China, die aufstrebende Wirtschaftsmacht in Asien, die für ihr weiteres Wachstum immense Energieressourcen benötigen wird. Indem sie diese zunehmend militärisch sichert, gerät sie in Konflikt mit den »vitalen Interessen« der USA.

Wiederentdeckung Asiens

Mit der Hinwendung nach Asien trägt Amerika nicht nur dem Rechnung, was es als neue sicherheitspolitische Bedrohung wahrnimmt, sondern auch seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit und dem Wunsch, die »Lasten weltweiter Verantwortung« neu zu verteilen. Auf der einen Seite fordert es die alten westlichen Alliierten auf, ihren Beitrag zum Militärbündnis zu erhöhen, auf der anderen Seite werden die Demokratien in Asien angehalten, ebenfalls zum Fortbestand beziehungsweise Ausbau einer liberalen Weltordnung finanziell und militärisch beizutragen. Dazu sollen mittel- bis langfristig multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die NATO reformiert werden. Zudem will Amerika Institutionen in Asien, etwa das Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum (APEC) oder den Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zur Umsetzung seiner eigenen Ordnungsvorstellungen in der Region einspannen.



DR. JOSEF BRAML

Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Sein neues Buch »Der amerikanische Patient« ist im Siedler Verlag erschienen.